



Frei sein

In einer postkapitalistischen Gesellschaft des guten Lebens ändern sich die Antriebe für wirtschaftliche Aktivität und die Arbeit erhält einen anderen Charakter. Von Meinhard Creydt

SEITEN 12/13

5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de/abo

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 26. JANUAR 2023, NR. 22 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Schlangen enthaupten

El Machete lebt: Seit Mai 2021

3 erscheint die traditionsreiche Zeitschrift der KP Mexikos wieder

Flüge gestoppt

Verdi erhöht Druck in Tarifverhandlungen und legt mit Warnstreik Hauptstadtflughafen BER lahm

5

Feind markieren

Manöver der USA und Israels: Teheran nicht benannt, aber doch als zukünftiger Gegner gemeint

7

Wissen ausgetauscht

Berlin: Vizepräsidentin von kubanischer Journalistenunion gibt Einblick in die Pressearbeit

15

Westliche Allianz will mehr als 100 schwere Panzer in die Ukraine liefern.
 Linke: »Historische Fehlentscheidung«. Von Arnold Schölzel

Auch ein »Leopard« kommt nur bis Stalingrad



Zerschossene deutsche Panzer in Stalingrad 1943: Am 2. Februar vor 80 Jahren kapitulierte dort die Wehrmacht vor der Roten Armee

In einer Pressemitteilung des Bundeskanzleramts erklärte die Bundesregierung am Mittwoch vormittag, sie werde der Ukraine »in einem ersten Schritt eine Kompanie mit 14 Leopard-2-A6-Panzern zur Verfügung stellen, die aus Beständen der Bundeswehr stammen«. Ziel sei es, mit »Leopard 2« aus Partnerländern rasch zwei Panzerbataillone zusammenzustellen. Die entsprechenden Genehmigungen zur Weitergabe sollen erteilt werden. Nach Berechnungen verschiedener Medien werden bis zu 100 »Leopard« geliefert. In einer Fragestunde des Bundestages erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), neben den Kampfpanzern erhalte Kiew auch weitere Luftabwehrsysteme und andere Waffen. Die Panzer werde die Bundesregierung finanzieren. Verteidigungsminister Boris Pistorius hatte zuvor angekündigt, die ersten »Leopard« aus deutschen Beständen könnten in etwa drei Monaten in der Ukraine sein. Die Lieferentscheidung

nannte er »historisch«, weil dies abgestimmt passiere.

Nach Angaben von US-Medien wollen die USA der Ukraine zudem rund 30 schwere Panzer des Typs »M1 Abrams« zur Verfügung stellen. Für Mittwoch 18 Uhr MEZ – nach jW-Redaktionsschluss – wurde dazu eine Erklärung von US-Präsident Joseph Biden erwartet. Laut *Washington Post* dürfte es Monate, wenn nicht Jahre dauern, bis die »Abrams«-Panzer zum Einsatz kommen. Zugleich stellte die Zeitung unter Berufung auf US-Außenminister Antony Blinken dessen Überlegungen für den Nachkrieg vor: Die Ukraine müsse nicht in die NATO aufgenommen werden, benötige aber massive Waffenhilfe.

Der russische Präsident Wladimir Putin äußerte sich am Mittwoch nicht zum deutschen Vorgehen. Bei einem Besuch der Staatsuniversität in Moskau bemerkte er lediglich, strenggenommen sei Deutschland immer noch von den USA besetzt.

Sein Pressesprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Panzerlieferungen als militärisch nutzlos, aber politisch höchst gefährlich und erklärte: »Diese Panzer werden brennen wie alle übrigen.« Der Plan, schwere Panzer an die Ukraine zu liefern, um deren Kampfkraft zu stärken, sei zum Scheitern verurteilt: »Das ist eine klare Überschätzung des Potentials, das sie den ukrainischen Streitkräften zusätzlich geben.« Moskau sehe sich durch die Entwicklung in seinem Vorgehen gegen die Ukraine bestätigt, meinte er mit Blick auf ukrainische Drohungen, Städte wie Moskau oder Sankt Petersburg in Russland anzugreifen. Der russische Botschafter in Berlin, Sergej J. Netschajew, bezeichnete die Lieferentscheidung als »extrem gefährlich«. Die Bundesrepublik und ihre Verbündeten suchten keine diplomatische Lösung, sondern strebten eine »dauerhafte Eskalation« an. Netschajew fuhr fort: »Mit der Genehmigung der deutschen Regierung

werden wieder einmal Panzer mit deutschen Kreuzen an die »Ostfront« geschickt, was unweigerlich zum Tod von russischen Soldaten, aber auch von Zivilisten führen wird.«

Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Die Linke) nannte die Lieferentscheidung in einer Pressemitteilung eine »historische Fehlentscheidung«. Sie bereite »den Weg, Deutschland direkt ins Feuer gegen Russland zu schicken«. Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch forderte im Bundestag Deeskalation und eine Friedensinitiative. Er wies darauf hin, dass in Ostdeutschland nur weniger als ein Drittel der Bevölkerung für Panzerlieferungen sei.

Die Aktien des an der »Leopard«-Produktion beteiligten Rheinmetall-Konzerns legten am Mittwoch um knapp drei Prozent zu und erreichten ein Rekordhoch, seine Titel sind seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine um 170 Prozent gestiegen.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Finnland genehmigt Rüstungsexport in Türkei

Helsinki. Finnland hat erstmals seit 2019 den Export von Rüstungsgütern in die Türkei genehmigt. Am Dienstag sei die Erlaubnis zum Verkauf von Panzerstahl an ein türkisches Unternehmen gegeben worden, teilte Riikka Pitkänen, Sonderberaterin des finnischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch mit. Die Türkei hatte die Wiederaufnahme finnischer Rüstungslieferungen zur Voraussetzung für die Zustimmung zum angestrebten NATO-Beitritt des Landes gemacht. Aus einem Teil der finnischen Regierungskoalition wurde Kritik laut. Li Andresson, Chefin der Linksallianz, erklärte im Onlinedienst Twitter, ihre Partei stehe nicht hinter der Ausfuhr von Rüstungsgütern an Länder, die sich im Kriegszustand befinden oder Menschenrechte verletzen. Die nun erteilte Genehmigung war Teil eines im Juni abgeschlossenen Abkommens zwischen der Türkei, Finnland und Schweden. (AFP/JW)

RWE erzielt Milliardenprofite



Essen. Der Energiekonzern RWE hat im vergangenen Jahr fette Profite eingefahren. Vor allem die zum Kern zählenden Geschäfte mit Wasser, Biomasse und Gas sowie der Energiehandel hätten sich zum Jahresende besser entwickelt als angenommen, teilte der Konzern am Mittwoch mit. Auf Basis vorläufiger Zahlen beläuft sich das bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITA) demnach auf 6,31 Milliarden Euro. Das Management war in seiner Prognose von maximal 5,5 Milliarden Euro ausgegangen.

Das bereinigte Nettoergebnis liegt laut der Mitteilung bei rund 3,2 Milliarden Euro. Erwartet worden waren maximal 2,6 Milliarden Euro. Das Dividendenziel für das Geschäftsjahr 2022 bleibe unverändert bei 0,90 Euro je Aktie, hieß es. (dpa/JW)

jW wird herausgegeben von
 2.701 Genossinnen und
 Genossen (Stand 16.12.2022)
www.jungewelt.de/lpg

